

**Stadtratsfraktion
ödp + FreieWähler**

Rathaus, Zimmer 139
Jockel-Fuchs-Platz 1
55116 Mainz

Telefon: +49 (0)61 31 / 12-42 98
Telefax: +49 (0)61 31 / 12-42 97

Mainz, 05.07.2010

Pressemeldung

ödp/Freie Wähler setzen Lösung im Lerchenberger Fernwärmestreit durch: Bundeswirtschaftsministerium kündigt gesetzliche Änderung an

Mainz. Nach einem jahrelangen Kampf gegen die Abzockerei mit überzogenen Fernwärme-Grundkosten hat Hartmut Rencker (ödp/Freie Wähler Lerchenberg) sein Ziel erreicht. Das zuständige Bundeswirtschaftsministerium hat jetzt eine gesetzliche Neuregelung noch in diesem Jahr angekündigt. Das Bundeswirtschaftsministerium teilte Rencker hierzu mit: „Gegenwärtig befindet sich das Gesetz.....im parlamentarischen Verfahren. In Artikel 5 des Gesetzentwurfs ist nunmehr auch die von Ihnen angesprochene Änderung der AVBFernwärmeV vom 20.6.1980 vorgenommen worden. Mit der Streichung von § 37 Abs. 2 Satz 3 wird die unbegrenzte Fortdauer von Verträgen, die vor dem 1.4.1980 abgeschlossen wurden, aufgehoben.Andernfalls würden Kunden in unzumutbarer Weise dauerhaft ohne Lösungsmöglichkeit an Verträgen festgehalten.....“

Kernpunkt des Problems ist die Fernwärmeverordnung von 1980, die zum Nachteil der Kunden für Altverträge dauerhaften Bestandsschutz zementiert. Damit wurde bisher die wärmetechnische Sanierung von Häusern wirtschaftlich behindert. Dies bestätigten sogar die Stadt, die Bundesregierung, die Landesregierung und das Bundeskartellamt. Derzeit werden völlig überzogene Grundkosten auf der Basis von Einscheibenglas, unisolierten Dachgeschossen und sonstigen nicht mehr existenten Wärmeschleudern erhoben. Eine Herabsetzung der hohen Grundkosten bei vermindertem Bedarf lehnt der Wärmehändler Favorit (Tochter von RWE) rigoros ab.

Während sich die Stadt Mainz stets passiv bis ablehnend verhalten hat, hat sich Rencker gegen alle Widerstände beharrlich für eine durchgreifende Änderung der Abrechnungsmodalitäten eingesetzt. Ein ausführliches Informationsgespräch, zu dem Rencker im Oktober 2009 in das Bundeswirtschaftsministerium nach Berlin eingeladen war, hatte offenbar eine Schlüsselfunktion. Die Presse berichtete. Es ist unverständlich, dass die Stadt nie an dieses Thema heran wollte und Anfang 2009 die Lerchenberger sogar gedrängt hat, neue Langzeitverträge anzunehmen, obwohl schon damals die Änderung der Fernwärmeverordnung absehbar war. „In Wahrheit wollte Favorit mit diesen Verträgen die jetzt im parlamentarischen Verfahren befindliche Änderung unterlaufen“, vermutet Rencker.